

rium eine Unterbrechung der geplanten Tributkonferenz vorsehe. Im übrigen lasse das Hoover-Memorandum Deutschland ja bis zum Juli Zeit. Auch müßte die Alliierten erst Klarheit darüber gewinnen, wie künftigher Schuldenzahlungen gegenüber den Amerikanern geregelt würden.

### Borbereitung auf Lausanne.

In Berlin.

In Berlin begannen die Besprechungen des Reparationsausschusses der Reichsregierung unter Vorsitz des Kanzlers mit den nach Berlin berufenen deutschen Vorschauern in Paris, London und Rom über die bevorstehende Tributkonferenz in Lausanne.

In Paris.

Die französische Regierung trat zu einem Ministerrat zusammen, um die großen Richtlinien festzulegen, die die französischen Unterhändler auf der bevorstehenden Lausanner Konferenz zu verfolgen haben. Der französische Vorschauer in Berlin, François-Vouet, und auch der Generalsekretär des Außenamtes, Vertelot, erstatterten Bericht über ihre Eindrücke in Berlin und in London. Ebenso trat der oberste Landesverteidigungsrat unter der Führung des Ministerpräsidenten Laval zusammen, um die Richtlinien für die Abrüstungskonferenz aufzustellen.

In Lausanne.

In Lausanne sind die Vorbereitungen für die Konferenz und die Unterbringung der Delegation im vollen Gange. Das Schlosshotel in Ouchy ist endgültig als Verhandlungsort bestimmt worden. Hier sollen alle kleinen Konferenzen und besonders auch die Sitzungen der Unterausschüsse stattfinden, während die eigentlichen Vollversammlungen im großen Festsaal des Hotels „Beaurivage“ arbeiten werden. Die englische und die französische Delegation werden mit ihren Sekretariaten im Schlosshotel wohnen, die übrigen Delegationen in den anderen Hotels. Man rechnet mit einer Teilnahme von etwa 200 bis 300 Delegierten. Einzelne Delegationen werden in einer Stärke bis zu 70 Mitgliedern erwartet.

### Schwierige Stillhalteverhandlungen.

Warnung vor übertriebenen Hoffnungen.

Die Stillhalteverhandlungen, die nunmehr seit mehreren Wochen geführt werden, sind in ihrem Ergebnisse noch nicht zuverlässig zu beurteilen. Es scheint notwendig zu sein, vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen. Von einer Einigung ist man noch immer weit entfernt. Erreicht ist lediglich, daß die Schwierigkeiten nicht mehr als unüberwindbar erscheinen.

Somit befinden sich aber noch alle Fragen in der Schwebe. Insbesondere ist eine Entscheidung darüber noch nicht gefallen, ob die Stillhaltung sich nur auf ein Jahr beschränken oder einen längeren Zeitraum umfassen soll. Ein Ende der Verhandlungen ist bis jetzt zuverlässig noch nicht abzusehen.

### Januartagung des Reichstages?

Zu einmütiger Kundgebung in der Reparationsfrage.

Der Ministerrat des Reichstages tritt bekanntlich am nächsten Dienstag zusammen, um zu dem kommunalistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages Stellung zu nehmen. Inzwischen ist auch von christlich-sozialer Seite angeregt worden, eine kurze Reichstagsagung im Januar abzuhalten, wenn es möglich wäre, sämtliche Parteien zu einer einmütigen Kundgebung in der Reparationsfrage zusammenzuführen. Die Reichstagsparteien haben zu dieser Anregung natürlich noch nicht Stellung nehmen können, da Fraktionsführungen vorläufig nicht angefragt sind und auch die Vorstände der Fraktionen sich noch nicht versammelt haben.

Aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß der Reichskanzler eine Parlementsagung im Januar aus außenpolitischen Gründen nicht für notwendig hält, weil die ganze Welt genau darüber Bescheid wisse, wie einheitlich die Auffassung des deutschen Volkes in diesen Fragen sei.

### Das Abkommen über die neuen Bankzinsen.

Unterzeichnung am Sonnabend.

Das Reichskommissariat für das Bankgewerbe teilt mit, daß die Verhandlungen mit den Spitzenverbänden über die Vereinbarungen betreffend die Festsetzung von Zinsen und Provisionen am Geldmarkt so weit gefördert worden sind, daß der Wortlaut der Abkommen von den Vertretern der beteiligten Spitzenverbände endgültig festgesetzt worden ist.

Da bei den Verbänden die intern erhobenen Bedenken noch eine abschließende Klärung innerhalb der Verbände notwendig machen, ist der Termin für die Leistung der Unterschriften auf Sonnabend, den 9. Januar 1932, verschoben worden. Sollten die Verträge bis zu diesem Zeitpunkt nicht unterschrieben werden, so gelten die Verhandlungen als gescheitert.

### Der Standpunkt der italienischen Regierung

Rom, 7. Januar. Nachdem endlich festzustehen scheint, daß die französischen Verträge, die Tributkonferenz zu verschiedenen, erfolglos blieben. Ist die von Ganda im halbamtlichen Giornale d'Italia dargelegte italienische Auffassung interessant. Ganda behauptet, daß der Bajeler Bericht nicht deutlich ausgesprochen sei. Wenn nun die Regierungen auf Grund dieser technischen Arbeit Stellung nehmen müßten, so müßte die Tributfrage, auch wenn dies von gewisser Seite nicht gewünscht werde, wieder von Grund auf von den Regierungen geprüft werden. Die italienische Haltung sei von dem Gesamtpbild der europäischen Gesamtsituation diktiert. Damit solle nicht gesagt sein, daß Italien kein unmittelbares Interesse an der Tributfrage habe. Aber dies stehe im Einklang mit dem europäischen Plan, den die italienische Außenpolitik befolge. Die Tributfrage und die Abrüstungsfrage bliebe, was man auch sagen wolle, im Mittelpunkt der Weltfrage und vor allem im Mittelpunkt der Aufbaupolitik. Die Geschichte warf, die Verträge und die Formeln von Abkommen, die nur wenige Jahre zurückliegen, stehen auf hartem Schiefer, die neuen neuen Zeiten anpassen oder ihnen zu widerstehen. Der

Gedanke der Revision, welcher Art auch ihr Inhalt und Ausmaß sei, schreitet fort und durchdringt die Auffassung der Regierenden und noch mehr der Völker.

### Wir übersehen das Jahr 1932!

Arbeitsminister Stegerwald über die politische Lage.

In einer großen Zentrumsversammlung in Köln sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Er entwickelte ein Gesamtbild über unsere politische Arbeit seit der Staatsumwälzung und über die gegenwärtige politische Lage. Dem Kabinett Brüning war die Aufgabe gestellt, das deutsche Volk wieder in die nützliche Wirklichkeit zurückzuführen. In Basel wurde ausdrücklich anerkannt, daß die gegenwärtige Regierung das Menschermögliche für die Inordnung von Staat und Wirtschaft getan hat. Für die Reichsregierung gab es finanzpolitisch zwei unverrückbare Gesichtspunkte: Wir müssen unter allen Umständen mit einem ausgeglichene n Haushalt nach Basel und Lausanne gehen, zweitens dürfen wir unter keinen Umständen wegen eines unangenehmen Haushalts in den internationalen Währungsversfall hineinschlittern. Diesen beiden großen Gesichtspunkten hatte sich alles andere unterzuordnen. Wir übersehen das Jahr 1932 ebenso, wie wir den Winter 1930/31 überstanden haben und wie wir den Winter 1931/32 überstehen. Das Entscheidende ist, daß sich die Zentrumspartei unter keinen Umständen auf neue außen- und innenpolitische Experimente einläßt. Die Aufgaben der nächsten Jahre sind: Befreiung des deutschen Volkes aus einer unmöglichen wirtschaftlichen und sozialen Lage, die gleichberechtigte Eingliederung Deutschlands in die internationale Völkerverflechtung und die Wahrung und Vermählung des sozialen und des nationalen Gedankens.

### Vor Umbildung des französischen Kabinetts.

Die Kandidatur Paul Boncourts für den Außenministerposten.

Trotz amtlicher Zurückhaltung und halbamtlicher Dementis ist man in parlamentarischen Kreisen fest davon überzeugt, daß Ministerpräsident Laval die durch den Tod Maginots eingetretene Lücke zu einer Umbildung seines Kabinetts auf dem Wege des Gesamttritts benutzen will. Diese Auffassung wird dadurch verstärkt, daß Laval selbst in einer Privatunterredung von einer in der nächsten Woche bevorstehenden „Übertragung“ gesprochen haben soll. Wenn Briand tatsächlich aus gesundheitlichen und politischen Gründen zurücktreten sollte, so ist seine Ersetzung durch den Nationalisten und früheren Sozialisten und „Abrüstungsgegner“ Paul Boncour durchaus möglich. Andererseits ist es jedoch auch sehr gut möglich, daß Laval die seit Monaten ausgeübte Leitung der Außenpolitik nicht aus der Hand gibt, sondern lieber das Innenministerium dem starken Mann Tardieu überläßt. Für die Befreiung des Kriegsministeriums scheinen Poincaré, der Präsident des Heeresausschusses der Kammer und schließlich ebenfalls Paul Boncourt die meisten Aussichten zu haben.

### Shanhaiwan befehlt.

Japan an der Chinesischen Mauer.

Japanische Truppen befehlen die Stadt Shanhaiwan. Damit haben die japanischen Truppen die Chinesische Mauer erreicht.

### Dringende Vorstellungen in Tokio.

Gemeinsamer Schritt der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs.

Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich haben beschlossen, wegen der allgemeinen Lage in der Mandschurei gleichzeitig Vorstellungen dringender Art in Tokio zu erheben. Hohe Beamte geben den dringenden und umfassenden Charakter des gemeinsamen Schrittes zu, der weit über alle bisherigen Vorstellungen hinausgehen werde.

### Für die politische Unantastbarkeit Chinas.

Beschluß der Unterzeichner des Neu-Mächte-Vertrages. Die Unterzeichner des Neu-Mächte-Vertrages von 1922 haben beschlossen, unter Berufung auf den Vertrag für die territoriale und politische Unantastbarkeit Chinas einzutreten. Die diplomatischen Vertreter aller Vertragsländer haben mit Trimson beraten. Der deutsche Vorschauer hatte eine Besprechung mit Unterstaatssekretär Casse.

### Hus unserer Heimat

Wilsdruff, am 8. Januar 1932.

Wertvoll für den 9. Januar.

Sonnenaufgang	8 <sup>17</sup>	Mondaufgang	9 <sup>30</sup>
Sonnenuntergang	16 <sup>11</sup>	Monduntergang	17 <sup>17</sup>
1908: Der Vater und Dichter Wilhelm Busch gest.			

### Naturforschung am Stubenfenster.

Für die paar Hände voll Krümel und Körner, die man den Vögeln während der Winterzeit aufs Fensterbrett streut, kann man jetzt eine reiche Ansammlung von Beobachtungen einheimen, die nicht nur eine große innere Freude für den Tierfreund sind, sondern die auch wissenschaftlich wertvoll sein können. Es ist nämlich kaum hundert Jahre her, seit der anhaltische Landwirt Johann Friedrich Naumann durch seine Naturgeschichte der Vögel Deutschlands die genaue Kenntnis der gesicherten Welt angebahnt hat, und seither haben zwar eine Menge verdienter Forscher, die keineswegs alle studierte Leute waren, unser Wissen beträchtlich vermehrt, aber es hat sich auch gezeigt, daß wir noch sehr vieles genauer erkunden müssen. Außerdem aber hat man beobachtet, daß auch in der Vogelwelt große Veränderungen stattfinden, deren Gründe durchaus nicht alle offensichtlich sind.

So haben eine Reihe von Vögeln, die früher im Winter nach Süden zogen, diese Gewohnheit mehr und mehr aufgegeben und bleiben dauernd bei uns, vielleicht zum Dank für die vermehrte Fürsorge, die ihnen milderherge Menschen durch die Aufstellung von Futterhäu-

gen und Nistkasten zuteil werden lassen. Dazu gehören beispielsweise der Buchfink, die Schwarzjamsel, und in zunehmendem Maße auch der Lustige Star. Andere Vögel haben durch Einwanderung das Bild unserer einheimischen Tierwelt belebt. Das bekannteste Beispiel dafür ist die allbeliebte Haubenlerche, die um diese Zeit auf den Höfen in der Nähe der Müllkästen, an Futterplätzen und auf den Landstraßen am Herdofen täglich beobachtet können. Noch um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts war die Haubenlerche, die ein in den Steppen Russlands und Sibiriens beheimateter Vogel ist, in Deutschland außerst selten und auch jetzt ist sie viel häufiger in Ostdeutschland als etwa am Rhein.

Andererseits dringen aus dem Süden Vögel mehr und mehr nach Norden vor, wie die Partridge, die an ihrem schwarzen Knebelbüchsen leicht kenntbar ist. Aus dem Norden wiederum breitet sich der weißbändige Kiebitz aus, der schon in Ostpreußen nistet, während wir in Mittel- und Süddeutschland sonst nur den rosibändige Vertreter der Art haben. So ist also ständige Bewegung und Entwicklung in der uns umgebenden Natur und gegenwärtig haben wir Gelegenheit, sogar vom Zimmerfenster aus darüber hübsche und anregende Beobachtungen zu machen, zu denen jeder von uns berufen ist, beizutragen, der einen offenen Sinn und Freude für die lebendigen Erscheinungen der Schöpfung hat.

### Öffentl. Sitzung der Stadtverordneten.

Donnerstag, den 7. Januar, abends 8 Uhr.

Die erste Sitzung des Kollegiums im neuen Jahre fand gestern abend bei Anwesenheit sämtlicher Stadtverordneter und der Stadträte Ruppert und Jähne, sowie vieler Zuhörer statt. Als bisheriger Vorsitzender hatte Bürgermeister Dr. Kronfeld auch die zunächst auf der Tagesordnung stehende Wahl des Präsidiums

geleitet.

zu leiten. Ledermann beantragte, das bisherige Präsidium (Bürgermeister Dr. Kronfeld 1. Vorsitzender, Rechtsanwalt Hofmann 2. Vorsitzender, Proturist Kraft 1. Schriftführer und Obersekretär Rudert 2. Schriftführer) einstimmig auf Zuruf wiedergewählt. Dagegen erklärte sich niemand, lediglich Stadtrat Jähne gab die Stimmhaltung der sozialdemokratischen Vertreter bekannt, und so wurde das Präsidium bei 5 Stimmhaltungen wiedergewählt. Bürgermeister Dr. Kronfeld wie die übrigen Herren nahmen dankend an.

Aus wirtschaftlichen Gründen hatte Stadtrat Jienert gebeten, ihn von seinen Ämtern zu entbinden. Dem wurde stattgegeben. Als Nachfolger auf der Liste wäre nun Tischlermeister Robert Geißler ins Kollegium nachgerückt. Nachdem er auch abgelehnt hat, ist die Vorschlagsliste erschöpft und der Bürgermeister ersuchte um baldige Einreichung neuer Wahlvorschläge. Die Besetzung für die Zeit vom 1. April 1931 bis 31. März 1932 war für Wilsdruff auf 79 791,77 Mark festgesetzt worden. Sie ist jetzt auf 70% gesenkt worden. Durch diese Senkung und durch die Sparmaßnahmen, die von der Stadterhaltung durchgeführt wurden und noch durchgeführt werden, ist der Haushaltsplanmäßige ungedeckte Fehlbetrag um 79 324 M., also von 160 192 M. auf 80 868 M. gesenkt worden.

Der Stadtrat hat beschlossen, von den beiden Turnvereinen bis zum 31. März b. J. keine Entschädigung für die Benutzung der Turnhalle zu verlangen. Das Kollegium stimmte einstimmig zu.

Kein Protest gegen die Wassermessung.

Sofort nach Belanngabe der von der Amtshauptmannschaft verfügten Wassermessung hatten alle drei Stadträte ordnungsgemäß die Wassermessung der Stadt erlassen. In Anbetracht der großen Notlage von Industrie, Handwerk und Hausbesitz aller Reichsmittel gegen die verfügte Erhöhung zu erweisen. Die nun Bürgermeister Dr. Kronfeld beantragte, lehnt der Stadtrat ab, irgendwelche Schritte gegen die Anordnung der Amtshauptmannschaft zu unternehmen. Stadtr. Hofmann fand die Weigerung des Stadtrates unverständlich, zumal die verfügte Preisermäßigung im Gegensatz zur Notverordnung steht, da dieselbe jede Erhöhung verbiete, wenn sich der Betrieb selber trage. Und das sei beim Wasserwert der Fall. Auf das Ersuchen des Stadtr. Ledermann um nähere Begründung des Rotabschlusses führte Bürgermeister Dr. Kronfeld aus, daß die Anordnung der Amtshauptmannschaft bereits vor Erlass der Notverordnung ergangen sei. Im übrigen hätten aber auch die Stadtverordneter und nicht nur der Stadtrat die Verantwortung für die städtischen Finanzen, die nachher als trostlos zu bezeichnen seien, und die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß den Verpflichtungen den Wohlfahrtsverwerblosen gegenüber nachgekommen werden könnte. Beim Wassergeld sei die Möglichkeit einer Erhöhung gegeben gewesen. Es sei auch heute noch anderen Städten gegenüber als sehr billig zu bezeichnen und die 5 Pfennige würden wohl niemand unterfein. Die städtische Finanzlage verfinsterte einfach, nichts gegen die Erhöhung zu unternehmen.

In einer der letzten Sitzungen war der Rat ersucht worden, bei den Kraftwerken Freital gegen die oft sich wiederholenden Abhaltungen des elektrischen Stromes an Sonntagen Beschwerde einzulegen. Darauf haben die Kraftwerke geantwortet, daß die Abhaltungen nur in Fällen dringender Notwendigkeit vorgenommen werden, um Menschen- oder Sachschäden zu verhüten. Ein Teil der Maschinen müsse ausgetauscht werden und das ließe sich lediglich in den späten Vormittags- und frühen Nachmittagsstunden des Sonntag machen. So bedauerlich das für die Rundfunkhörer sei.

Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Christbaums Ende. Dem Kinde des Waldes ergeht es wie manchem Menschenkinde: Zunächst ein großes Hallo! Und wenn man sich an ihm satt gesehen hat, und sein Aussehen nicht mehr das fröhliche ist, ist er im Wege, und man möchte ihn los sein. Die Schönheit der Lichter sind abgedehnt. Alles Süße hat er verschwendet. Also mag der abgediente Baum, der jetzt noch festgrün im Winterschweigen des Waldes steht, und Eichhörchen und Vögel eine Freude sein könnte, im Aste werden! Mutter läßt sich vielleicht aus der Krone einen Ast schneiden. Vater brummt, weil die herunterfallenden Nadeln sich überall festsetzen — sogar vorhin, als er sich setzen wollte... Und die Kinder stürzen in die Hände, wenn das dürre Reihig im Den sitzt, singt, schnalzt, rasselst und prasselst, daß es nur so eine Art hat. So, ja, der Wald hat seine Schuldigkeit getan, der Wald kann gehen...

Die Kirchengemeinderatsversammlung, die gestern abend im Saale des Pfarrhauses abgehalten wurde, war von etwa 30 Personen besucht. Nach der Eröffnung hielt Herr Dr. Richter einen tiefgründigen Vortrag über „Das jüdische Volk und seine Kirche.“ Er kam dabei hauptsächlich auf die Vorkriegsverhältnisse und das sozialistische Dogma, die Nachkriegs-